

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3. — Mk.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Pettzeile 20 Pfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 295.

Dienstag, den 17. Dezember 1918.

75. Jahrgang.

Entwaffnung.

Die Garde-Schützen haben als erste aus dem Felde heimgekehrte geschlossene Division von der Regierung die Entwaffnung derjenigen gefordert, die sich unrechtmäßig in Waffenbesitz gesetzt haben. Andere Feldtruppen werden diesen Gedanken aufnehmen, und es ist vorzuziehen, daß ein Sturm von Petitionen auf die Reichsleitung einbringen wird, bis sie in dieser Sache — so oder so — etwas Entscheidendes getan hat. Mit bloßen Worten, mit papiernen Anweisungen will man sie in diesem Falle nicht davonkommen lassen. Es handelt sich um die Unschädlichmachung des Feindes, der sich in unserer Mitte erhoben hat und das arme deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen läßt; um dieselben Leute, die den heimkehrenden Brüdern von der Front nicht früh und nicht schnell genug die Waffen abnehmen können, die aber ihrerseits dafür gefordert haben, daß sie selbst genügend Machtmittel in die Hand bekommen, um durchzusetzen, was sie für richtig hielten. Um die Befestigung des unerträglich gewordenen Zustandes, daß diejenigen, die jetzt befehlen und befohlen sollen, geradezu verhöhnt werden von den anderen, die zu gehorchen haben, weil nicht sie, sondern diese sich im Waffenbesitz befinden. Das ist die verkehrte Welt. Nicht die Schicksale Revolution der Erde kann mit einer solchen Ordnung der Dinge länger als für ein paar Atemzüge bestehen.

Aber allerdings: es ist nicht die einzige Verkehrtheit unserer Tage. Auch die Waffe der Arbeiter, der Anstellerschaften wird zu Zwecken mißbraucht, für die sie eigentlich nicht bestimmt ist. Verhaftungen werden vorgenommen auf bloße Denunziationen niederträchtiger Subjekte hin, die glauben, ihre gemeinen Nachgefühle jetzt mühelos befriedigen zu können, und die Regierungen stellen, die wahrlich gar nicht genug positive Arbeit leisten müßten, um uns besseren Zeiten entgegenzuführen zu können, haben unendlich viel Mühe und Anstrengungen aller Art aufzuwenden, um auch nur das größte Unrecht wieder gutzumachen. Und ferner manche Arbeiter und Angestellten scheinen zu glauben, daß das goldene Zeitalter für sie gekommen sei, wie er in der Vergangenheit gewesen ist, wie er in der Zukunft sein wird. Ihre Forderungen wirken immer als bisher an entscheidender Stelle vertreten worden können, doch aber auch aus dem Grunde, damit ihre Vertrauensmänner durch unmittelbaren Einblick in die Gesamtlage ihrer Unternehmungen auch ein zutreffendes Urteil über die Grenzen des Möglichen gewinnen und danach das Verhalten ihrer Auftraggeber maßgebend beeinflussen können. In vielen Fällen wird wohl auch in diesem Sinne gearbeitet. Aber nicht überall. Jeder Tag bringt neue Beweise für die Ungemessenheit der Forderungen, mit denen gegen Arbeitgeber und Geschäftsinhaber vorgegangen wird, für die Rücksichtlosigkeit auf der anderen Seite. Da flüchten sich die Inhaber der großen Siemenswerke in die Öffentlichkeit und weisen nach, daß von ihnen jetzt, trotz reichlicher Aufwendungen für Kriegsfürsorge und Feuerungsanlagen, eine Mehrausgabe von 120 Millionen das Jahr für die Arbeiter und Angestellten verlangt wird. Und das größte aller Berliner Warenhäuser muß seine Verkaufsräume schließen, weil die nach Tausenden zählenden Angestellten Streikumsätze veranlassen, um ihre Forderungen durchzusetzen, die ihnen schließlich auch fast ohne Einschränkung gewährt werden.

Nun tritt am 18. Dezember der Zentralrat der AER in Berlin zusammen. Wird es ihm vielleicht gelingen, für den Gedanken der Entwaffnung in Stadt und Land zu werden, wird er der Regierung Ebert-Daase auf diesem wichtigsten Gebiete zu Hilfe kommen? In erster Linie soll er allerdings über die Nationalversammlung Beschlüsse fassen und den Wahltermin festlegen. Aber schon der Geist, von dem er sich dabei leiten lassen wird, kann Wunder wirken, wenn — ja, wenn er von der Erkenntnis der bitteren Notwendigkeiten unserer Lage erfüllt sein wird. Die Unabhängigen schmelzen sich nicht mit der Hoffnung, daß sie etwa an dieser Stelle die Mehrheit gewinnen könnten; Herr Ledebour hat das schon vor seinen Anhängern ganz offen ausgesprochen. Aber deswegen denken sie nicht im entferntesten daran, der Mehrheit nun etwa das Feld zu überlassen. Sie sind und bleiben Gegner der Nationalversammlung und werden danach ihre ganze Kampfweise einrichten. Also selbst wenn es verübt werden und auch gesungen sollte, die Gegner der Regierung, wie die Garde-Schützen es fordern, zu entwaffnen, bliebe immer noch die Frage der geistigen, der politischen Waffen, ungeklärt und ungelöst. Und wohl auch unlösbar. Hier ist der wunde Punkt des neuen Systems. Darüber darf niemand sich einer Täuschung hingeben.

Waffenstillstand bis 17. Januar.

Seine Bedeutung und die Folgen.

Trier, 14. Dezember.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes bis zum 17. Januar, im Falle der Zustimmung der alliierten Regierungen auf unbestimmte Zeit bis zum Präliminarfrieden, war eine von beiden Seiten als notwendig erkannte Maßnahme. Da Deutschland seine Armee demobilisiert, zu einem guten Teil damit schon fertig ist, lag keine Veranlassung zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vor.

Trotzdem hat Marschall Foch für sich noch Vorteile herausgeschlagen, denn das Oberkommando der Alliierten behält sich vor, wenn es dies für angezeigt erachtet, und um sich neue Sicherheiten zu verschaffen, die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer, nördlich des Kölner Brückenkopfes und bis zur holländischen Grenze zu besetzen. Diese Besetzung wird von dem Oberkommando der

Alliierten sechs Tage vorher angezeigt werden. Falls die Besetzung tatsächlich erfolgen sollte, ist sie von weittragenden Folgen für uns, denn gerade in diesem Teil der Zone befindet sich eine gewaltige und für unseren Bedarf unbedingt benötigte Industrie, von der wir bei dem rücksichtslosen, sich an seinen Vertrag bindenden Vorgehen der Franzosen unweigerlich abgeschnitten wären. In dem Vertrage vernichtet man leider eine bestimmt umrissene Bestimmung, die einen ungehinderten Verkehr sicherstellt.

Einzig erfreulich ist die bei den Verhandlungen von dem amerikanischen Nahrungsmittelkontrollleur Hoover gemachte Mitteilung, daß es nun mit der Lebensmittelfuhr nach Deutschland anscheinend ernst werden soll, zu welchem Zweck wir die in unseren Häfen liegenden 2,5 Millionen Tonnen Schiffsräume unter der Kontrolle der Alliierten zur Verfügung stellen müssen. Die Schiffe bleiben deutsches Eigentum und fahren mit deutscher Besatzung. Hoffentlich dürfen die Schiffe zu dem genannten Zweck bald auslaufen. Unsere Not wächst von Tag zu Tag und bis zu ihrer Rückkehr werden noch viele Wochen vergehen. Damit, daß Transport und Verteilung der Lebensmittel von London kontrolliert werden, muß man sich abfinden. Das Vertrauen der Entente zu unseren inneren Zuständen ist eben kein großes.

Die Entente erkennt die AER nicht an!

Der AER in Aremnach hat in Erier angefragt, ob für die vom Feinde besetzten Gebiete ungehinderte Ausreise und Rückkehrsmöglichkeiten der Delegierten gewährleistet wird, die zu der Berliner Tagung der AER entsendet werden sollen. Diese Frage wurde von der Deutschen Waffenstillstandskommission pflichtgemäß an die Oberste Seeresleitung der Alliierten weitergegeben. Marschall Foch hat darauf die lakonische Antwort erteilt: „Die alliierten Mächte erkennen die AER nicht an.“

Der Kampf um den Reichstag.

Die Gründe und Absichten Fehrenbachs.

Berlin, 14. Dezember.

In einer an die Reichsleitung gerichteten Rundgebung nimmt Reichspräsident Fehrenbach Veranlassung, seine Beweggründe näher auseinanderzusetzen. Er erklärt:

1. Es ist falsch, von der Absicht einer Gegenrevolution oder von Schwierigkeiten zu sprechen, die ich der Regierung machen würde. Es handelt sich für mich nur um die Schaffung der Voraussetzungen für den baldigsten Abschluß eines Vorfriedens.
2. Voraussetzung meiner tatsächlichen Berufung des Reichstages durch Bestimmung von Ort und Zeit ist die zweifelsfreie Feststellung der Tatsache, daß die jetzigen Gewalt in Deutschland von unseren Feinden nicht anerkannt werden. Diesen Zeitpunkt (des Eingreifens des Feindes) wollte ich aus einer einleuchtenden Erwägung heraus nicht abwarten. Ich dachte es auch nicht angeht, der ungeschätzten Zuschriften, die die Berufung des Reichstages forderten und namentlich angeht, der Reichsleitung aus Köln und Koblenz. Die Annahme, daß die Entente erst durch mich auf den Gedanken kommen konnte, es solle an einer verhandlungsfähigen Regierung, ist durch die vorausgegangenen Erörterungen in der feindlichen Presse widerlegt.

3. Die Folgen meiner Pflichterfüllung verantwortete ich mit ruhigem Gewissen.

Endlich erklärt Fehrenbach noch, daß Ebert von ihm über alles unterrichtet worden sei, und er warte jetzt das pflichtgemäße Handeln der Regierung ab, wenn sich die Voraussetzungen seiner Rundgebung erfüllten.

Die Frontsoldaten für die Regierung.

Beschleunigte Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 14. Dezember.

Die Delegierten der Frontsoldaten hatten sich heute im Zirkus Busch versammelt, um über die augenblicklichen Forderungen zu verhandeln. Das Resultat der Beratungen war ein offenes Bekenntnis für die Regierung und gegen alle und jede Schreckensherrschafft. Ein Redner betonte, Liebknecht gehöre in eine Heilanstalt. Alle Sozialisten und nicht zum Waffentragen berechtigten Soldaten müßten sofort entwaffnet werden. Am Montag den 18. Dezember, dem Tage der Versammlung der deutschen AER, müßte alle vollziehende Gewalt der Regierung allein übertragen werden. Wir hatten bis jetzt nur eine reine Diktatur des Berliner Volksrats. Kamerad Bismarck prägte das Wort: „Ich verlasse den Reichstag nicht eher, als bis die Wahlen zur Nationalversammlung für den 2. Januar angenommen sind.“

Es wurde eine Entschließung angenommen, die sich ernstlich für Ordnung und Einheit des Reiches ausspricht und erklärt, keine neuen Eingriffe in die Gewalt der Volksbeauftragten bulden zu wollen. Jeder Terrorismus müsse niedergehalten werden, ebenso jeder Versuch, das alte Regime wieder aufzurichten. Die Einberufung der Nationalversammlung sei zu beschleunigen.

Spartakus auf dem Thron.

Die Regierung gegen den Neuköllner AER.

Neukölln, 14. Dezember.

Der Spartakusbund, der in Neukölln seine weltbeglückenden Theorien in die Praxis übertragen hat, ist jetzt von der preussischen Regierung in die Schranken gewiesen worden. In einem an den hiesigen AER gerichteten Schriftstück, unterzeichnet Hirsch, wird hervorgehoben, daß der Spartakus-AER den von der neuen Regierung für das ganze Staatsgebiet geltenden Vorschriften zuwider gehandelt hat, als er die städtische Verwaltung ausschaltete, ebenso wie bei seinen andern Maß-

nahmen. Indes will es nichts belagen, wenn das preussische Ministerium erklärt, der hiesige AER habe sich die ausübende Gewalt zu Unrecht angeeignet, und wenn es die Erwartung ausspricht, daß Spartakus seine ungeleglichen Maßnahmen, die die Verwaltung stilllegen drohen, sofort rückgängig mache. Spartakus lehnt sich nicht daran. Er regiert weiter mit einer Weisheit, die auscheinend aus Wolfenluchtsheim stammt.

Neukölln-Rixdorf wartet mit Spannung auf die Schritte, die die Regierung tun wird, um ihrem immerhin schneidigen Erlass Beachtung und Wirkung zu verschaffen. Die Nacht-haber auf dem Rathaus sind jedenfalls gewappnet. Nach dem Muster Liebknechts haben sie eine Garde geschaffen, die notdürftig ein Maschinengewehr bedienen kann. Nun kann die Regierung kommen. Einstweilen läßt man sich in der Ausübung russischer Methoden: Nahrungsmitteltransporte, die den hiesigen Güterbahnhof passieren, werden angehalten und beschlagnahmt, Gehalts- und Lohnfragen werden willkürlich geregelt und zwar so, daß die Finanzwirtschaft der Stadt schon jetzt heillos verworren ist.

Was Spartakus eigentlich will, wird nicht ganz klar. Erreicht hat er zumeist nur, daß die Stadt nahezu vom Verkehr abgeschnitten ist. Die Lieferanten für Lebensmittel und Kohlen machen Schwierigkeiten, weil sie für ihre Bezahlung fürchten. Finanzinstitute weigern den Kredit. Was kümmert es die Machthaber, daß die Versorgung der Stadt zu stocken beginnt. Die Not der Bevölkerung ist ihre geringste Sorge. Sie haben wichtigeres zu tun. Es gilt die Revolution und mit ihr die vollkommene Freiheit zu sichern. Zu diesem Zwecke wird zunächst die Verhaftung des ehemaligen Polizeipräsidenten Becker gefordert, der in der Revolutionsnacht angeblich drei hundert politische Akten verbrannt hat, und eine strenge Kontrolle ist über Rangabzeichen, sowie Orden und Ehrenzeichen verhängt. Niemand darf das Rathaus irgendwie ausgezeichnet betreten.

Notstandsarbeiten, der Bau von Wohnhäusern, Familien- und Erwerbslosen-Unterstützung sind in Frage gestellt. Aber Spartakus ist heilfroh; denn auf dem Boden vollständiger Desorganisation, vollkommensten Elends reifen seine Früchte. Nach dem Beispiel des großen Führers in Berlin sagen auch die Neuköllner Volkswissen: „Es kann nicht neugebaut werden, ehe nicht alles niedergeht.“ Und unter diesem Gesichtswinkel greifen sie auch in das Familienleben höchst selbstherrlich ein: ohne viel Formalitäten hat Spartakus einige Scheidungen vollzogen. Die Neuköllner Spartakusleute nähren die Zeit und sie fühlen sich zum großen Teil sehr wohl dabei; denn mit wenigen lässlichen Ausnahmen verließen sie es, aus den Schreden, die sie verbreiten, klingende Münze zu schlagen.

Wer kann helfen? Die Frage schwebt auf aller Munde in Neukölln. Die Regierung? Von ihr ist nichts zu erwarten. Das Bürgerum? Es ist unbewaffnet und entwaffnet. Und doch gibt es Zuversichtliche, die auf das Bürgerum hoffen, die sein Erwachen erwarten und daß es endlich das Joch der diktatorischen Sklaverei abschüttelt, die eine Handvoll Leute über das blühende Gemeinwesen verhängt hat.

Liebknechts Programm.

Ziele und Zwecke des Spartakusbundes.

Berlin, 14. Dezember.

Die unter der Führerschaft Karl Liebknechts stehende radikalste Gruppe der Unabhängigen Sozialisten, die in Berlin ihren Stützpunkt hat und darüber hinaus nur noch in einigen Großstädten und Industriezentren eine gewisse Anhängererschaft besitzt, tritt soeben mit einer ausführlichen Zusammenfassung ihrer Ziele hervor. Die Gruppe fand bisher offenbar mehr infolge der Duldsamkeit der öffentlichen Gewalt ein so reiches Feld für ihren Betätigungsbereich als durch die Zahl ihrer Jünger oder die Kraft ihrer Gründe. Diese Duldsamkeit wird erklärlich durch die Teilnahme der Unabhängigen Sozialisten an der Regierung. Diese mit dem Regierungsmantel umfledelten Häupter der Unabhängigen vermochten es noch nicht, die heimliche Liebe zu den unbefähigten Kindern, den sogenannten Spartakiden oder Spartakisten ganz zu unterdrücken.

Was der Spartakusbund will.

1. Zur Sicherung der Revolution verlangen die Spartakiden u. a.: Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere, sowie der nichtproletarischen Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Stilllegungsbetriebe durch AER. Verwaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer roten Garde aus Proletariaten. Alle Offiziere, Kapitulanten usw. sollen sofort getötet, alle früheren politischen Organe und Behörden durch AER ersetzt, alle Lebensmittel beschlagnahmt werden. Ein Revolutionstribunal soll den früheren Kaiser und den Kronprinzen, Hindenburg, Ludendorff, Tiroth und was die Spartakiden als deren Mithörder ansehen (also auch wohl die als Mörder tagtäglich gebrandmarkten Ebert, Scheidemann usw.) aburteilen.
2. Auf politischem und sozialem Gebiete Abschaffung aller Einseitigkeiten, einheitliche deutsche sozialistische Republik ohne Parlamente und Gemeinderäte, lediglich verwaltet durch AER und durch einen aus diesen gekürten Volksrat. Alle Standesunterschiede, Orden, Titel sollen abgeschafft, der sechsständige Höchstarbeitstag eingeführt werden.
3. Mächte wirtschaftliche Forderungen sollen sein: Beschlagnahme aller fälligen Vermögen, Streichung der Staats- und anderer öffentlichen Schulden, sowie sämtlicher Kriessanleihen, ausgenommen kleine Reich-

nungen von dem Winter über, Entleerung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Kleinbetriebe, Entleerung aller Banken, Bergwerke, Gärten, Großbetriebe in Industrie und Handel, Konfiskation aller Vermögen von bestimmter Höhe an.

Als internationale Aufgaben werden bezeichnet: sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderpartei des Auslandes, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariats zu gestalten und zu sichern.

Soweit das Programm, das in seinen hervor-
stechendsten Zügen sofort erkennbar ist als ein nicht aus
deutschem Boden und unter deutschen Verhältnissen ge-
machtes Produkt: es kennzeichnet sich vielmehr als eine
fast klassische Nachahmung der Punkte, die der Peters-
burger Bolschewismus unter Lenin und Trotski als
Siegensbringer für das russische Volk aufstellten. Die
Entwicklung Rußlands unter diesem Banner war bisher
ähnlich dem Wege des Spartakus, nach dem sich die
deutsche Gewerkschaftsbewegung und der durch den
deutsch-nationalistischen Russen Rosa Luxemburg benennen.
Spartakus, ein Arbeiterführer in Rom einige 70 Jahre v. Chr.,
wurde Anführer in einem Sklavenaufstand, sammelte etwa
70 000 Genossen um sich, erzielte anfänglich Erfolge gegen
die römischen Feldherren, geriet dann aber durch die
Verräter- und Verräterungssucht seiner Leute ins
Unglück. In der entscheidenden Schlacht verlor er selbst
und 60 000 der Seinen das Leben, die gefangenen Reize
des Heeres wurden gekreuzigt oder sonstwie vernichtet.
Der Lauf des Spartakus endete in einem Blut- und
Leidensfelde.

Liebknecht spricht.

Berlin, 16. Dez. Die heute vormittag im ge-
ordneten Hause ihre Arbeiten beginnende Reichs-
konferenz der Arbeiter- und Soldaten-
räte Deutschlands wurde gestern mit einem Begrü-
gungsabend eingeleitet, der einen harmonischen Ver-
lauf nahm. Nach den Begrüßungsansprachen von
Mahnz, Bruns und Mollenhuth ergriff auch auf all-
gemeinen Wunsch Liebknecht das Wort, der sich da-
gegen verwahrte, daß die Spartakus-Gruppe nur auf
eine Verfeinerung des Reiches hinabsetze. Die Spar-
takus-Gruppe arbeite auf alles andere hin, als auf
den ihr zugesprochenen Bolschewismus. Vieles wird zur
Entscheidung stehen auf der zukünftigen Nationalver-
sammlung. Will das deutsche Volk die Macht, die es
haben kann, aus den Händen geben? Sie, die Dele-
gation, müsse morgen mit allergrößter Kraft ein-
greifen, um alle gegenrevolutionären Elemente nieder-
zuhalten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

• Zu einer neuen Abfrage Eisners an Berlin kam es
in einer Versammlung des provisorischen bayerischen
Nationalrates. Eisner erklärte, von Berlin aus würde
man nicht mehr dirigiert werden. In der äußeren Politik
würde er, Eisner, der Welt zeigen, daß der neue Volks-
staat Bayern Vertrauen verdiene. Den jetzigen Mangel
an Vertrauen habe die Altpreußische Regierung mit ihrer
Verschönerungspolitik, mit ihren Bomben und Nobbajillen
verschuldet. Aus gegenseitigem Vertrauen könne die Wieder-
aufrichtung der Menschheit in menschenfreundlichem Sinne
erfolgen.

• Nach Münchener Meldungen stehen zwei neue
Reichsanleihen in Aussicht und zwar eine Demobilisierungs-
anleihe und eine Kriegsschuldengrundsatzanleihe. Für
alle Bundesstaaten ist aus diesem Grunde von der Reichs-
regierung der Anleihemarkt gesperrt worden.

• Die Reichsregierung wendet sich entschieden gegen die
Eingriffe in die Rechtspflege, wie sie von den USA
vielfach verübt werden. Unzulässig sind hiernach An-
ordnungen, nach denen außerhalb des geordneten Gerichts-
verfahrens Personen wegen des Verdachts strafbarer
Handlungen verhaftet und Strafgefangene sofort in Frei-
heit gesetzt werden. Unzulässig ist die Einrichtung be-
sonderer Volksgerichte, Kriegsgerichte oder Standgerichte,
die Einführung abgekürzter Gerichtsverfahren, die Ab-
änderung des Reichsstrafgesetzbuches, die Übertragung der
Strafgerichtsbarkeit auf andere Behörden.

• Die immer wieder auftretende Fabel von der Be-
setzung Berlins durch die Entente wird von der Berliner
Presse als tendenziöse Fälschung bezeichnet. Die deutsche
Regierung wolle damit der Entente nur neue Schwierig-
keiten bereiten und sich selbst festigen. Ein dem Haupt-
quartier nachstehender höherer Offizier erklärt, diese
Meldung sei wohl ein Versuchsballon, um die Entente zu
würgen, ihre Absichten vorzeitig bekannt zu geben. Die
Entente werde aber nichts leichtsinnig riskieren und alle
Folgen einer militärischen Politik von solchem Umfange
abwägen. Bisher sei von der französischen Obersten
Heeresleitung hierüber noch kein Beschluß gefaßt worden.

• Über die Notwendigkeit der Entwaffnung der
Spartakusleute äußerte sich Scheidemann einem aus-
ländischen Berichterstatter gegenüber. Nach Scheidemanns
Ansicht sei Liebknecht geistig nicht normal, das ginge aus
seinen Worten und Handlungen genügend hervor. An
Lösungsbestrebungen deutscher Staaten glaubt Scheid-
mann nicht.

• Ein neuer Sieg über die Unabhängigen ist in Berlin
erklämpft worden bei den Wahlen zur Delegiertenver-
sammlung der USA. Von den Berlin zugewandten 18 Ver-
tretern entfielen auf die Mehrheitssozialisten 7, die Unab-
hängigen 5 und die freien Berufs 1 Vertreter.

• Die nötige Umgestaltung der Einfuhrorganisation
ist vom Reichsernährungsamt fest angeordnet worden.
Dieses hat nämlich bestimmt, daß die Warenabteilungen
der Zentraleinkaufsgesellschaft den für die innere Bewirt-
schaftung zuständigen Reichsstellen angegliedert werden.
Damit wird die bisherige Einfuhrtätigkeit der Zentral-
einkaufsgesellschaft in kurzer Zeit aufhören. Dieser Schritt
ist in voller Übereinstimmung mit der Zentraleinkaufs-
gesellschaft erfolgt und bezweckt, die innere Bewirtschaftung
von Lebens- und Futtermitteln mit der Einfuhr aus dem
Auslande in einen näheren Zusammenhang zu bringen.

• Über die deutsche Politik während des Krieges
ließ sich der Abgeordnete Haußmann näher aus. Haußmann
sagt, vor der letzten März-Offensive waren wir stark; der
Gegner fürchtete diese Offensive und damals wäre die beste
Gelegenheit zum Friedensschließen gewesen. Der schweizer-
ische Militärschriftsteller Stegemann schrieb in diesem
Sinne seine Meinung unterhoben an Haußmann. Dieser
schickte das Schreiben an Hertling. Es kam in die Hände
des Kaisers, Hindenburgs und Ludendorffs. Man meinte
dazu, vieles sei richtig, aber es geschah nichts. Stegemann
war der Meinung, die deutsche Offensive würde höchstens
bis Amiens und Reims kommen; Ludendorff erklärte dies
für ungenügend.

• Die der bayerische Kronprinz über den Krieg
geurteilt hat, erklärt er jetzt selbst. Danach war er seit
dem Frühjahr 1918 ein ganz konsequenter Anhänger des
Verständigungsfriedens mit völliger Wiederherstellung
Belgiens. Er hat aus dieser Meinung nie ein Gebl ge-
macht, weder seinem Vater, noch dem deutschen Kaiser,
noch den leitenden politischen Stellen gegenüber. Mit
Kaiser Wilhelm hat er deswegen im Februar 1918 eine
sehr lebhafte Auseinandersetzung gehabt. Er sah dann das
Kommando herannahen und hat vergeblich versucht, immer
wieder durch neue Mahnungen auf eine rasche Beendigung
des Kampfes und einen leidlichen Frieden hinzuwirken.

• Nach dem Armeeverordnungsblatt soll eine Auf-
besserung der Offizierbezüge erfolgen. Und zwar werden
den geringer besoldeten Offizieren, Sanitäts-, Veterinär-,
Jung-, Feuerwerks- und Festungsbauführern sowie
Heeresbeamten für die Demobilisationszeit Aufbesserungen
ihrer Bezüge bewilligt, die neben den bereits erhöhten
Zuwendungszulagen dazu dienen, die durch die Bezüge der
Friedensgeheimnisse eingetretenen Härten zu beseitigen.

Schweiz.

• Ihre Stellungnahme zu dem großen Landesstreik
haben die bürgerlichen Parteien des Nationalrates in einer
Erklärung festgelegt. Sie bezeichnen den Streik als landes-
verräterisch und billigen die von der Regierung getroffenen
militärischen Maßnahmen. Verlangt wird strenge Be-
strafung der Anführer und Organisatoren und Ausweisung
aller Ausländer, deren Verhalten eine Gefahr für die
Sicherheit des Landes bedeute.

Rußland.

• Zu dem Einbruch in die norwegische Gesandtschaft
in Petersburg, die auch die Schweizer Interessen vertritt,
wird bekannt, daß sich in den veriegelten Koffern der
schweizerischen Gesandtschaft Wertpapiere, bares Geld
und Wertgegenstände im Werte von 2 Millionen Rubel
befanden. Die beiden schweizerischen Wachtrosten, welche

die Koffer in der norwegischen Gesandtschaft bewachten,
wurden von einer bewaffneten Bande übermannt.

Österreich.

• Von Massenhinrichtungen im Kriege wird aus
Budapest gemeldet. Darauf gibt der Oberste Militär-
gerichtshof bekannt, daß nach den amtlichen Aufzeichnungen
während des Krieges 11 400 Personen von den Militär-
gerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet worden
sind. 8800 wurden begnadigt, aber erst nach vollzogener
Hinrichtung.

Spanien.

• Wie verlautet, verlangt die Regierung die Abberufung
des deutschen Vizekonsuls, Bringsen Ratibor. Sie soll
eine Note nach Berlin gerichtet haben, worin sie den Bot-
schafter als nicht mehr erwünschten Vertreter bezeichnet. Nach
Enttressen der Antwort aus Berlin werde die spanische
Regierung dem Fürsten alle Erleichterungen zuteil werden
lassen, damit er nach Deutschland zurückkehren kann. Das
gilt für den deutschen Militärattaché Major Kalle,
dessen Gegenwart nicht länger mehr geduldet wird.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 14. Dez. Von der Armeegruppe Mackensen sind bis
jetzt angelangt: die gesamte 11. Armee, Teile der 218. und der
228. Infanterie-Division, sowie die 7. Landwehr-Division und
Teile der 18. Infanterie-Division.

Berlin, 14. Dez. Der Lehrer Gustav Menzel wurde zum
Geheimen Regierungsrat und vortragenden Rat im
Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung er-
nannt.

Berlin, 14. Dez. Die 1. und 3. Gardebataillon ist heute
hier eingezogen.

Berlin, 14. Dez. Die Volksbeauftragten werden über
ihre bisherige Tätigkeit vor der Zentralratung der deutschen
USA und damit auch vor der weiteren Öffentlichkeit Bericht
erstatten.

Berlin, 14. Dez. Ordnungsmäßig aus dem Heere Ent-
lassene sollen in allen Staatsbetrieben bei der Anstellung
bevorzugt werden.

Köln, 14. Dez. Die Freigabe der Rheinschiffahrt ist
nach langen Verhandlungen mit der Entente nun endlich
erfolgt.

Breslau, 14. Dez. Hier wurde der Reichstagsabgeordnete
Otto Rühle, der Führer der sächsischen Spartakusleute, ver-
haftet. Allem Anschein nach ist diese Verhaftung durch Front-
soldaten erfolgt. Da ihm jedoch nichts nachgewiesen werden
konnte, wurde er wieder freigelassen.

Paris, 14. Dez. Die vorbereitende Konferenz für den
Friedenskongress soll bereits am Mittwoch, den 18. De-
zember, beginnen.

Amsterdam, 14. Dez. In der belgischen Kammer
wurde die Antwort auf die Thronrede nach einer kurzen Ver-
handlung angenommen, in der Graf Wodeke vergeblich ver-
sucht hatte, bei der Stelle, wo von der Freigabe der
Neutralität die Rede ist, die Neutralität zu retten.

Konstantinopel, 14. Dez. Die unter dem Kommando des
Generals Numan v. Sanders stehenden deutschen Truppen
in Syrien und Armenien in Stärke von rund 10 000 Mann
sind hier eingetroffen.

Wilson in Paris.

Paris, 14. Dez. (Kenter.) Präsident Wilson
fuhr unter der stürmischen Jubel großer Menschen-
massen mit Poincaré ins Hotel Murat und zu dem
auf folgenden Frühstück im Elisee, wo Poincaré
in seiner Ansprache an Wilson, nachdem er seinen
Gast und den Kreuzfahrergeist der Amerikaner ge-
feiert hatte, auf die geschehenen Verwüstungen hin-
wies und Wilson die hierauf bezüglichen Instruktionen
des deutschen Generalstabs zu übermitteln versprach.
Sollten diese Untaten unbefristet bleiben, so würden
die Siege der Alliierten und Frankreichs Opfer ver-
gebens gewesen sein. Wir haben jetzt zusammen den
Grund zu einem Frieden gelegt, der den Wiederauf-
bau einer Organisation zu Eroberungs- und Be-
drückungszwecken verhindert. Der Friede muß das
Geld und die Sorgen von gestern sühnen und Vor-
sorge gegen die Gefahren von morgen treffen. Selbst
wenn Sicherheiten aller Art geschaffen werden, ist es
unmöglich zu behaupten, daß der Menschheit für alle
Zeiten die Schrecken des Krieges erspart bleiben können.
Der Friede muß alle erdenklichen Bedingungen der
Gerechtigkeit und die Möglichkeit der Dauer in sich

Rote Rosen.

Roman von O. Courths-Mahler.

55. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Sa, ja — das tun wir ja alle, wenn wir jung
sind und solange wir etwas erleben möchten. Wenn
man dann wirklich etwas erlebt hat, hört man auf, es
dem Tagebuche anzuvertrauen.“

Josia nickte lebhaft.

„Natürlich, es ist nur eine Kindererei. Wichtiges
schreibt man nicht auf.“

„Nein, nein. Aber trotzdem — vor fremden Augen
möchte man auch das um jeden Preis hüten. Und
wenn du dein Tagebuch ganz sicher verbergen willst,
kann ich dir ein Versteck zeigen. Du weißt wahr-
scheinlich noch nicht, daß dieser Schreibtisch ein Ge-
heimfach hat, denn nur ich habe das von meinem
verstorbenen Vater erfahren, und ich habe es niemand
mitgeteilt. Sieh, wenn du auf den Kasten dieser Rosafar-
benen drückst und ihn nach rechts schließt, — so — sieh her
— dann springt das Fach auf. Darin kannst du dein
Tagebuch verwahren, da ist es sicher.“

So sagte Gräfin Gerlinde und zeigte Josia, wie
sie das Fach öffnen und schließen konnte.

Diese neigte dankend das Haupt.

„Ich will es mir merken, Gerlinde, und das Fach
gelegentlich benutzen.“ antwortete sie. „Aber bitte,
nimm doch Platz. Du bist heute schon so früh auf dem
Bege.“

„Ja, meine Jose hat sich für heute Urlaub erbeten,
um in der Garnison eine Hochzeit mitzumachen. Da
habe ich mich zeitiger als sonst anstellen lassen müssen
und mußte nun nichts Besseres zu tun, als dich auf-
suchen. Aber das ist ja so unwichtig. Viel wich-
tiger sind mir dein trauriges Gesicht und deine ver-
weinten Augen. Willst du mir deinen Kummer nicht
anvertrauen, liebe Josia?“

Die junge Frau zog die Stirn wie im Schmerz
zusammen. Es war ihr über alle Maßen peinlich,
daß Gerlinde ihren Schmerz und ihre Tränen be-
kannnt hatte. Diskreter hätte sie es gefunden, wenn
diese sich still wieder entfernt hätte, ohne sie zu tra-
gen.

gen. Josia hatte wieder einmal ihrem Tagebuch ihre
Sehnsucht nach Rainers Liebe anvertraut, nachdem die-
ser mit Heilmann fortgeritten war, und da hatte sie
der Kummer übermannt, der Kummer, daß sie Rainer
nichts mehr konnte als eine angetraute Frau.

„Ich habe wirklich keinen Kummer, Gerlinde. Man
ist nur manchmal ein wenig verstimmt. Vielleicht hatte
ich ein wenig Heimweh nach Papa. Ueberhaupt, wenn
der Himmel so trübe ist und die Sonne nicht scheint,
bin ich immer leicht verstimmt.“

Gräfin Gerlinde schüttelte langsam den Kopf.

„Warum bist du nicht offen zu mir, Josia? Du
kannst es ruhig sein — denn ich kenne deinen Kum-
mer!“

Josia erschrad und wurde dunkelrot. Ihre Augen
sahen ängstlich und unruhig zur Gräfin hinüber.

„Nein, nein! Wie solltest du — ach — bitte,
laß mich!“

„So solltest du nicht sprechen, Josia. Aber ich
will dir helfen, dir das Herz zu erleichtern. Ich will
dir sagen, daß ich weiß, warum du traurig bist.“

„Gerlinde!“ rief Josia, um ihr Geheimnis zu-
tornend, entsetzt aus.

„Ja, Josia, ich weiß, daß du so unglücklich bist,
weil du Rainer nicht lieben kannst, nicht so, wie eine
Frau ihren Mann lieben soll.“ sagte sie weich, wie im
Mitleid aufgelöst.

Josia hatte die Hände vor das Gesicht geschlagen,
um es in heißer Scham zu verbergen. Jitternd hatte
sie die Enthüllung ihres Geheimnisses erwartet. Aber
nun hörte sie, daß Gerlinde auf falscher Fährte war.

„Gottlob! Gottlob! Ich wäre vor Scham gestor-
ben, wenn sie meine Liebe erraten hätte.“ dachte sie,
ohne die Hände von ihrem Antlitz zu nehmen. So blieb
sie eine Weile reglos mit verhälltem Antlitz sitzen.
Besser, viel besser, Gerlinde glaubte das, was sie aus-
gesprochen hatte, als die Wahrheit. Josia war ent-
setzt, ihr Geheimnis noch ängstlicher als zuvor zu
hüten. Sie machte sich kein Gewissen daraus, Gerlinde
zu täuschen.

Als sie nach einer Weile die Hände sinken ließ,
war sie blaß und ruhig.

„Run — und wenn es so wäre, wie du sagst, —
wozu davon sprechen?“ sagte sie leise.

Gräfin Gerlinde neigte sich vor und faßte ihre
Hand.

„Doch, laß uns davon sprechen, Josia! Ich möchte
dich beruhigen. Du brauchst dir darum keinen Vorwurf
zu machen. Glaubst du, daß du Rainer mehr schuldig
bleibst, als er dir?“

„Was meinst du, Gerlinde?“

„Ich will dich beruhigen: wir Frauen müssen zu-
sammenhalten, und ich habe dich lieb und will nicht,
daß du dich nutzlos quälst. Rainer liebt dich so wenig
wie du ihn. Oder weißt du es schon, daß sein Herz
seit Jahren einer anderen Frau gehört?“

„Liebe Gerlinde,“ sagte Josia, die Hände fest in-
einander krampfend, um ihre Ruhe nicht zu verlieren.
„Rainer hat mir nichts davon gesagt, und er wird nicht
wollen, daß wir darüber sprechen.“

Die Gräfin machte eine abwehrende Bewegung.

Ihre Augen brannten wie im Fieber.

„Ach, sei nicht so töricht, Josia. Rainer braucht
nicht zu wissen, daß wir davon sprechen. Ich will
dir helfen, dich zu beruhigen. Schon lange habe ich
gemerkt, daß du dir Gewissensbisse machst, weil du
Rainer nicht liebst, weil er dir nie etwas anderes sein
kann als der gute Onkel Rainer. Und immer wollte ich
dir schon helfen. Ich weiß ja, Rainer wird dir nie von
der Frau sprechen, die er seit Jahren liebt, und die
ihm unerschwingbar ist. Ihren Namen verschleiert er ja
wie ein Heiligtum in seiner Brust, und auch mir ist
er nur durch Zufall bekannt geworden. Er war außer
sich, als ich ihn eines Tages vor seinen Ohren nannte.“

Josia war leise zusammengekauert. Sie vergaß, daß
sie eine innere Stimme vor Gerlinde warnte, und
dachte jetzt nur daran, daß Gerlinde den Namen der
Frau kannte, an die sie Tag um Tag mit bitterer,
qualender Eifersucht gedacht hatte.

„Du weißt, wer die Dame ist?“ fragte sie hastig.

Gräfin Gerlinde neigte das Haupt. Sie war nur
von dem Wunsche befeuert, Josia innerlich vollends
von Rainer zu lösen, damit sie, wenn ihr Herz sich
eines Tages für einen anderen öffnete, nicht zagen
an Rainer zu denken brauchte. Dieser „Andere“ trug
in Gräfin Gerlindes Gedanken schon bestimmte Züge
— die des Grafen Henning, der ja nun bald nach Ham-
burg kam, und der Josia liebte.

schließen. Frankreich ist bereit, mit volstem Vertrauen zusammen mit Ihnen zu diesem Zwecke zu arbeiten. — Präsident Wilson erwiderte: Es ist mir eine große Freude, mich in Frankreich aufzuhalten und das rasche Entgegenkommen von Sympathie und christlicher Freundschaft zwischen den Vertretern der Vereinigten Staaten und denen Frankreichs zu fühlen. Sie waren überaus liebenswürdig in dem, was Sie über meine Person zu sagen beliebten, aber ich fühle, daß alles, was ich gesagt und versucht habe, nur in der Absicht gesagt und getan worden ist, den Gedanken des Volkes der Vereinigten Staaten getreulich auszudrücken und jenen Gedanken in die Tat umzusetzen. Von Anfang an waren die Gedanken des Volkes der Vereinigten Staaten auf etwas mehr gerichtet, als bloß den Krieg zu gewinnen. Sie richteten sich auf die Aufrichtung der ewigen Grundsätze des Rechts und der Gerechtigkeit. Es ergab sich, daß es sich nicht nur darum handelte, den Krieg zu gewinnen, sondern daß die durch ihn aufgeworfene Frage so gelöst werden mußte, daß der künftige Weltfrieden gesichert und die Grundlage der Freiheit und des Glückes der vielen Völker und Nationen auf der Welt gelegt wurde. Niemand vorher hat ein Krieg ein so fürchterliches Gesicht getragen oder mehr gewalttätige Zerstörungskraft gezeigt. Ich bin gewiß, daß ich auf die von den Heeren der Mittelmächte angerichteten Verwüstungen mit demselben Abscheu und derselben tiefen Empörung sehe, wie Sie in den Herzen der Bevölkerung Belgiens und Frankreichs erregen, und ich bestrehe wie Sie auf der Notwendigkeit einer Aktion beim Kriegsende, die nicht nur solchen Schrecken und Raub tadelt, sondern allen Menschen in der ganzen Welt kundgibt, daß sie nicht ohne die Gewißheit gerechter Bestrafung begangen werden können. Ich weiß, mit welchem Eifer und Jubel die Soldaten und Seeleute der Vereinigten Staaten ihr Bestes zur Erlösung von den Kriegen hergeben. Sie handelten getreu im Geiste Amerikas. Sie halten ihre Ideale für geeignet, um durch sie überall die Völker zu befreien und sind froh über ihre Anteilnahme an der Bewirkung dieser Ideale in Gemeinschaft mit den Heeren der Alliierten. Wir sind stolz über ihre Anteilnahme und glücklich über ihre Gemeinschaft mit solchen Kameraden in der gemeinsamen Sache. Von besonderer Genugtuung, Herr Präsident, bin ich erfüllt, in Frankreich an Ihrer Freude über den gewonnenen Sieg teilnehmen zu können. Die Bande, die Frankreich und die Vereinigten Staaten miteinander verbinden, sind erfreulich eng und ich hätte nicht, in welcher Gesellschaft wir mit mehr Eifer und Begeisterung hätten kämpfen können. Es wird mir eine Freude sein, mit den Staatsmännern Frankreichs und der Alliierten bei der Festlegung der Maßnahmen täglich in Beratung zu stehen, mit denen wir den Fortbestand dieser erfreulichen Beziehungen der Freundschaft und des Zusammenwirkens und für die ganze Menschheit die Sicherheit und Freiheit des Lebens sichern können, wie er nur durch beständige Verbindung und Zusammenarbeit von Freunden geschehen kann.

Bom Tage.

Berlin, 14. Dezember. Mit den Befugnissen der A. und S.-Räte beschäftigt sich anlässlich der Einführung des Achtstundentages in den Nahrungsmittelbetrieben ein Erlass des Staatssekretärs des Reichsernährungsamts an die dem Reichsernährungsamt unterstellten Kriegsstellen und Kriegsgeheimnisse. Dieser Erlass, der im Einverständnis mit dem Staatssekretär des Reichsarbeitsamts ergangen ist, wurde von einigen Zeitungen entzweit wieder gegeben. Der Erlass lautet wörtlich:

1. Bei den Betrieben, die der Ernährung und Versorgung der Bevölkerung mit dringenden Bedarfsgegenständen dienen, soll eine Unterbrechung der Arbeit und eine Minderung der Produktion vermieden werden. Der Achtstundentag soll daher in diesen Betrieben erst zur Einführung gelangen, wenn die hierzu nötige Zahl von Arbeitern vorliegt ist.
2. Für die Einführung des Achtstundentages ist als Termin der 1. Januar 1919 vorgesehen. Bis dahin müssen sich die Betriebe auf den Achtstundentag einrichten; sie müssen daher bei den Arbeitsnachweisen und Auskunftstellen unverzüglich den Bedarf

„Ja, ich kenne Sie.“
„Hoffa streckte wie bittend die Hände aus.“
„Kenne Sie mit — ich bitte dich.“
„Ich kann es nur unter einer Bedingung tun.“
„Unter welcher?“
„Daß du nie diesen Namen aussprichst in Gegenwart anderer Menschen, daß du auch Kainer nicht verrätest, daß wir darüber gesprochen haben.“
„Mein Wort darauf, ich gelobe tiefstes Stillschweigen.“
„Auch wir beide werden diesen Namen nur dies eine Mal nennen, Hoffa.“
„Ja, ja — ich nur,“ drängte Hoffa, ganz vergessend, daß sie Gerlinde im Herzen nicht für ihre Freundin hielt, und daß es unklug war, sich ein Geheimnis mit ihr zu teilen. Sie siebte nur danach, den Namen zu hören.
Und Gerlinde hatte keine Ahnung, daß Hoffa in zitternder Eifersucht auf den Namen wartete. Sie glaubte ja nach Hoffas Verhalten nun ganz gewiß, daß diese ihren Gatten nicht liebt.
„Nun gut, du sollst ihn hören,“ sagte sie, und sich vorbeugend, flüsterte sie:
„Es ist die Schwester des Herzogs, die Großherzogin Helene. Kainer war, als sie noch Prinzessin war, heimlich mit ihr verlobt, und sie wollte seine Frau werden. Beide hofften, die Einwilligung des Herzogs zu erringen. Aber dieser hatte die Hand der Schwester dem Großherzog zugesagt, und sie mußten voneinander lassen. Kainer hat das bis heute noch nicht verstanden. Aber da er keine Hoffnung mehr hatte, die Geliebte seines Herzens zu erringen, und er doch als Majoratsherr die Verpflichtung hat, zu heiraten, so bot er dir seine Hand — weil er eine gewisse väterliche Neigung für dich hatte.“

(Fortsetzung folgt.)

an Arbeitern anmelden. Es empfiehlt sich, auch mit den örtlichen Demobilisationskommissionen dieserhalb in Verbindung zu treten.

3. Da durch die Demobilisation fortgesetzt Arbeitskräfte frei werden, so ist zu erwarten, daß genügend Arbeiter rechtzeitig zu erhalten sind; sollte dies trotz aller Bemühungen nicht gelingen, so müssen die Betriebe rechtzeitig bei ihren Landesbehörden (Gewerbeinspektor) oder beim örtlichen Demobilisationskommissar wegen Bewilligung von Ausnahmen vorstellig werden. Es ist hierbei aber an dem Grundgesetz festzuhalten, daß auch die der Volksernährung und Volkserziehung dienenden Betriebe eine Ausnahmestellung nur da und nur für die Zeit erhalten können, wo die Volksernährung gefährdet erscheint und der Mehrbedarf an Arbeitskräften sich nicht beschaffen läßt. Auf die Anordnung des Demobilisationsamts vom 23. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1334) nehme ich Bezug. Die Einlegung wechselnder Schichten zu je 8 Stunden ist durch die Einführung des Achtstundentages nicht ausgedehnt.

Die Betriebe sollen sich über diese Fragen nicht mit den Arbeiter- und Soldatenräten, sondern mit den zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen und ihren örtlichen Vertretern auseinandersetzen; da, wo die Arbeiter- und Soldatenräte Anforderungen stellen, ist unverzüglich die Mitwirkung der genannten Organisationen nachzusuchen.

Die Reichsregierung hat sich mit diesen Grundsätzen, die den Vereinbarungen zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften vom 15. November entsprechen, durch Schreiben vom 11. Dezember an den Staatssekretär des Reichsernährungsamts ausdrücklich einverstanden erklärt.

Berlin, 15. Dezember. Nahrungsmittelzufuhr. Das Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz hatte sich vor Kurzem an die Gesellschaften vom Roten Kreuz in Schweden, Dänemark und Holland mit der Bitte um Überweisung von Lebensmitteln für Kinder und Frauen, Greise und Kranke gewendet. Aus Stockholm ist darauf jetzt folgende Antwort eingelaufen: „Danke sehr Telegramm. Schwedisches Rotes Kreuz beabsichtigt eventuell zusammen mit anderen Rotkreuzen der Neutralen sich an die Schwesterorganisation in Entente-Ländern mit der Bitte zu wenden, bei ihren Regierungen zu intervenieren, damit wenn möglich Lebensmittel für arme Kranke und schwere Untergewährte unmittelbar unter neutralen Rotkreuz-Kontrollen nach Deutschland verhandelt werden. Ob und wann dies gebilligt wird, noch sehr unsicher.“
Brigitte Carl.

Amsterdam, 14. Dezember. Allgemeines Handelsblatt verweist in einem Leitartikel auf die Möglichkeit, daß die Entente von Deutschland eine große Kriegsschadensentschädigung verlangen wird und gleichzeitig einen schweren Wirtschaftskrieg nach dem Kriege zu führen beabsichtigt. Der Zweck des Wirtschaftskrieges sei, die deutsche Industrie lahmzulegen. Man könne aber nicht gleichzeitig die Produktion Deutschlands lahmlegen und es zwingen, eine hohe Kriegsschadensentschädigung zu zahlen. Das Allgemeine Handelsblatt hofft, daß, wenn zwischen einem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege und einer Kriegsschadensentschädigung gewählt werden muß, letztere gewählt werden wird und daß man dabei einsehen werde, daß das Geld, welches entstehen würde, wenn der deutsche Arbeiter nicht mehr auf einen zukünftigen möglichen Wohlstand rechnen könnte, nicht auf Deutschland beschränkt bleiben würde. Die Worte des amerikanischen Marineattachés Daniels, der sehr entschieden erklärte, daß Amerika mit allen Völkern freien Handel treiben müsse, die die Erzeugnisse der Vereinigten Staaten benötigten, berechtigen zu Hoffnungen. Zum Schluß wünscht das Blatt Höheres über das in London abgeschlossene Abkommen Hollands mit der Entente zu hören. Die Gerüchte darüber lauteten so ungünstig wie möglich. Nach den Informationen des Blattes beabsichtige die Entente, die holländischen Stapelmärkte zu vernichten und nach England zu verlegen.

Neue große Krawalle in Dresden.

In der Nacht zum Sonntag kam es in Dresden zu neuen großen Krawallen. Nach Mitternacht hatte sich eine mächtige Menschenmenge in der Reitzbahnstraße gesammelt und rannte unter Führung von Matrosen und Soldaten ins Konzerthaus, um dort nach angeblich aufgeschickten Lebensmitteln zu suchen. Da sie dort nichts fanden, suchte sich die Menge durch starken Rausch zu entschädigen. Die Hauptbahnhof-Wache kam mit gefülltem Bajonett heran. Die Spartakus-Deute setzten sich zur Wehr. Es begann eine große Schießerei, die lange andauerte. Es gab Tote und Verwundete. Da die Spartakus-Deute die Toten und Verwundeten mitnahmen, konnte deren Anzahl bisher noch nicht festgestellt werden. 14 Personen wurden verhaftet. Die Zahl der Toten wird auf fünf, die Zahl der Verwundeten auf 40 geschätzt.

Abtransport der letzten deutschen Truppen aus Helsingfors.

Helsingfors, 16. Dez. Die letzten deutschen Truppen unter General Goltz verlassen heute, Montag, Helsingfors. Auch die Instrukteure, denen weiteres Verbleiben aus politischen Gründen nicht möglich ist, werden abreisen. Heute fand eine Abschiedsparade der Truppen vor General Goltz statt. Es fanden begeisterte Kundgebungen der Bevölkerung für Deutschland statt. Infolge des Einspruchs der finnischen Regierung wurde die Blockade der finnisch-deutschen Schifffahrt aufgehoben.

Elas den Elaf-Lothringern!

Berlin, 14. Dez. Eine von Graf Charles Rapp, René Den und Heinrich Raut unterzeichnete Kundgebung an die zivilisierte Welt besagt, seit 1871 sei das Ziel der wahren elaf-lothringischen Patrioten gewesen, ihrer Heimat die Autonomie zu erstreiten mit dem Schlußsatz: „Elaf-Lothringen den Elaf-Lothringern.“ Frankreich habe nicht das Recht, über Elaf-Lothringen wie über eine Sache zu entscheiden. Man müßte im Interesse eines dauernden Friedens eine gewaltame Annexion Elaf-Lothringens ablehnen. Die Zukunft des Landes müsse in die Hände des elaf-lothringischen Volkes gelegt werden, das frei von jeder militärischen Besetzung und frei von jedem gewaltamen Druck entscheiden müsse.

Die Reichsregierung gegen Adolf Hoffmann.

Berlin, 14. Dez. Die Reichsregierung hat die preussische Regierung aufgefordert, mitzuteilen, welche Stellung sie zu den kürzlich erschienenen des preussischen Kultusministers Adolf Hoffmann einnehme. Hoffmann hat bekanntlich kürzlich angekündigt, wenn die Wahl zur Nationalversammlung nicht eine sozialistische Mehrheit ergebe, müsse die Versammlung mit Gewalt auseinandergerissen werden. Die

Reichsregierung der Reichsregierung mißbilligt derartige Anschauungen auf das Entschiedenste.

Der preussische Landtagsabgeordnete Warrre Traub beantragt in einem Schreiben an den Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Borch, mit Rücksicht auf das Vorgehen des Kultusministers Adolf Hoffmann die Einberufung des Abgeordnetenhauses.

Untersuchung der Schieberen in Berlin.

Berlin, 14. Dez. Die Reichsregierung hat zur Untersuchung der bewaffneten Zusammenkünfte in der Chausseestraße am 6. Dezember eine dreigliedrige Kommission, darunter die Rechtsanwälte Selmann und Weinberg, mit außergewöhnlichen Vollmachten eingesetzt.

Fransosenherrschaft in der Pfalz.

Mannheim, 14. Dez. Die Franzosen haben in der Pfalz schärfere Bestimmungen getroffen. Wälder Blätter sind seit gestern auf dem rechtsrheinischen Rheinufer nicht mehr eingetroffen. Der gesamte Postverkehr ist unterbrochen.

Keine weitere Ausdehnung des Waffenstillstandes.

Genf, 14. Dez. Das Blatt „Clemenceau“, „l'Homme libre“ schreibt, daß nach der nunmehrigen Verlängerung des Waffenstillstandes eine weitere Ausdehnung nicht mehr wahrscheinlich sei, da Deutschland inzwischen reichlich Zeit habe, eine Volkserhebung zusammenzubereiten.

Neues preussisches Gemeindefwahlrecht.

Berlin, 14. Dez. Wie aus dem preussischen Ministerium des Innern geschrieben wird, ist die preussische Regierung gegenwärtig am Werk, ein allen Anforderungen der Revolution genügendes Gemeindefwahlrecht auszuarbeiten, das sofort an die Stelle des der heutigen Zeit nicht mehr entsprechenden Klassenwahlrechts treten wird, sobald die Vorarbeiten abgeschlossen sind.

Deutschland und der Völkerbund.

Basel, 14. Dez. Aus politischen Kreisen London verlautet mit Bestimmtheit, das Programm für das Völkerbündnis, das England dem Friedenskongress vorlegen werde, enthalte den Vorschlag, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen.

Kaiser Karl als Wahlkandidat.

Wien, 14. Dez. Der frühere Kaiser Karl beabsichtigt bestimmt, seine Kandidatur für die deutsch-österreichische Nationalversammlung aufzustellen. Die Nationalversammlung soll im März zusammentreten.

Angestrichene Kriegsschäden in Elaf-Lothringen.

Naag, 14. Dez. Wie die „Times“ behaupten, hätte die in Paris tagende Kommission für Elaf-Lothringen festgestellt, daß die deutsche Deckerklärung während des Krieges in Elaf-Lothringen für zwei Milliarden Werte zerstört habe.

Die Oxforder Universität für Auslieferung Wilhelms II.

Oxford, 14. Dez. Ein Rechtsgutachten der Oxforder Universität erkennt die Zulässigkeit des Auslieferungsverlangens an Holland wegen des früheren Kaisers und Kronprinzen an.

England befehlt die estnischen Häfen.

Helsingfors, 14. Dez. Ein englisches Geschwader hat am 12. Dezember um 2 Uhr nachmittags auf der Reede von Reval ankert; Vertreter der estnischen Regierung hießen die Engländer willkommen. Es soll zwischen der estnischen und der englischen Regierung vereinbart worden sein, daß England alle Häfen befehlt und Post, Telegraphie und Eisenbahnen übernimmt. Man spricht auch von einer Pachtung Estlands durch England.

Kapitulation der russischen Bolschewisten?

Stockholm, 14. Dez. Ein aus Ausland zurückgekehrter schwedischer Offizier erklärt, daß die Bolschewisten in letzter Zeit die Frage einer Kapitulation ernstlich erwogen hätten. Dafür sei besonders Trost gewesen. Indessen hätten die Bolschewisten noch einmal mit 12 Stimmen die Oberhand behalten. Petersburg sei seit 14 Tagen ohne jede Lebensmittelfuhr.

Umschlagreifen der revolutionären Bewegung in Italien.

Regano, 14. Dez. „Corriere della Sera“ bestätigt das Umschlagreifen einer starken revolutionären Bewegung in Italien.

20 000 Amerikaner in Triest.

Triest, 14. Dez. Vier sind 20 000 Amerikaner als Besatzungstruppen für die südlawischen Gebiete gelandet worden.

Bermischte Meldungen.

Berlin, 14. Dez. Safete und Wertbriefe nach Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Krain werden von den Postanstalten wieder angenommen.

Amsterdam, 14. Dez. Die russische Gesandtschaft im Haag berichtet, daß der frühere russische Minister des Äußern Sazonow von der russischen Regierung in Sefastopol zum Minister des Äußern ernannt wurde. Sazonow hat sich mit den russischen Missionen im Auslande in Verbindung gesetzt.

Bern, 14. Dez. Nach einer Pariser Meldung dürften die Alliierten Dänemark zur Aufhebung der schleswig-holsteinischen Frage auf der Friedenskonferenz einladen.

Washington, 14. Dez. (Reuter.) Alle Großkampfschiffe der amerikanischen Flotte, die sich jetzt in Europa befinden, mit Einschluß der Dreadnoughtgeschwader, werden in die Heimatgewässer zurückkehren und New York am 23. Dezember erreichen.

Fortdauer der Schuhnöte.

Die vielfach auch in der Presse verbreitete Ansicht, nach Eintritt der Demobilisation werde die Schuhnöte behoben sein, ist irrtümlich.

Sowas wird durch Fortfall des Seeresbedarfs und durch Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe eine Steigerung der Schuherzeugung für die bürgerliche Bevölkerung möglich sein, aber dennoch wird die Produktion unter den außerordentlich schwierigen Verhältnissen, der Kohlennot und dem Rohstoffmangel nicht annähernd den Bedarf decken. Der Lederanfall ist nicht ausreichend. Die Schlachtungen im Inlande sind zurückgegangen. Aus den bisher besetzten Gebieten fehlt die Einfuhr; andere Einfuhrquellen kommen vorläufig nicht in Frage. Die sehr erhebliche Erzeugung der linschneidenden Gebiete wird infolge der Verkehrsbehinderung zur Zeit nicht allen Teilen des deutschen Vaterlandes gleichmäßig zugutekommen.

Sparlamter Verbrauch des Lederhuhwerks, das sich überdies infolge der erhöhten Produktionskosten noch verteuern wird, und Verwendung des wesentlich verbesserten Kriegsschuhwerks liegt daher im Interesse der Allgemeinheit.

Die Einsicht eines jeden verlangt es, diesen tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Politisches.

Man schreibt uns: Am Sonntag, den 15. d. Mtz, hielt die U. S. P. im Saale des Herrn Heuser eine Parteiversammlung ab. Die Versammlung war zahlreich besucht, wofür von Seiten des Vorsitzenden der Dank ausgesprochen wurde. Genosse Köpfer von

Frankfurt referierte über 1. Unsere Aufgaben im Distrikt inmitten der Revolution; 2. die Herausgabe einer eigenen Tageszeitung der U. S. P.; 3. Verschiedene sehr wichtige Angelegenheiten. Wir hatten einen sehr schönen Erfolg in Gestalt von neuen Mitgliedern zu verzeichnen. Genosse Kuhn forderte sämtliche politisch klar denkende Arbeiter in ihrem eigenen Interesse auf, der U. S. P. beizutreten. (Wie man uns von anderer Seite mitteilt, war die Versammlung von ca. 70 Personen besucht.)

Berlin, 16. Dez. Die Deutsche demokratische Partei trat gestern mit acht großen öffentlichen Versammlungen in den Wahlkampf ein. Es gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der es heißt: Wir sind bereit, die jetzige Regierung in ihrem Bestreben zu unterstützen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, wir protestieren aber dagegen, daß die Einberufung der Nationalversammlung verzögert wird und daß man Bestrebungen duldet, die die Reichseinheit gefährden.

Berlin, 16. Dez. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei trat am Sonntag vormittag im „Rheingold“ zu einer Sitzung zusammen. Die Verhandlungen wurden von Staatssekretär Dr. Friedberg geleitet, in der er einen Überblick über die Einigungsverhandlungen gab, die zunächst zwischen der nationalliberalen Partei und der fortschrittlichen Volkspartei und alsdann zwischen der deutschen Volkspartei und der deutschen demokratischen Partei geführt worden sind. Generalsekretär Dr. Hugo sprach über den Gang, den die Entwicklung in der Organisation der Provinzen und der verschiedenen Landesteile genommen hat, sowie über den heutigen Stand der Dinge. Innerhalb der Partei wurde ein Antrag eingebracht, nach welchem die Organisation der Nationalliberalen Partei aufrecht erhalten werden sollte, wenn auch unter dem neuen Namen und dem neuen Programm. Mit 31 gegen 28 Stimmen wurde dieser Antrag angenommen, womit der Antrag Dr. Weber um Auflösung der Partei sich nicht verwirklichte. Der gesamte Bestand des Zentralvorstandes beträgt 229 Mitglieder, von denen nur 61 anwesend waren. Zum Schluß nahm Dr. Friedberg in bewegten Worten Abschied von der Nationalliberalen Partei, deren Geschichte er als glorreich bezeichnete. Seine Rede schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Volk.

Aus Nah und Fern.

Weylar. Die Erben des Gewerke Josef Raab haben zum Gedächtnis ihres Vaters eine Stiftung über 50 000 Mark errichtet, deren Zinsen bedürftigen Bergarbeiterfamilien der Stadt Weylar zugewendet werden sollen. — Die Stadtverordnetenversammlung lehnte den Antrag auf vorschussweise Bewilligung von Varmitteln für den Arbeiter- und Soldatenrat mit allen gegen zwei Stimmen ab.

Bad Ems. Ein Teil des amerikanischen Hauptquartiers wird aller Voraussicht nach, wie in der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt wurde, nach hier verlegt, und zwar 200 Offiziere, 50 Autos, 75 Kraftwagen und bis 1100 Mann. Die Leute erhalten in Gasthäusern Unterkunft. Der Plan, in Ems Pazarette zu errichten, wurde aufgegeben.

Schwanheim a. M. Die Tanzvergnügen haben hier derart zugenommen, daß der Bürgermeister sich jetzt gezwungen sieht, gegen diesen Unfug in öffentlicher Bekanntmachung einzuschreiten, zumal es die Veranstalter und Wirte größtenteils nicht einmal für nötig befinden, die polizeiliche Erlaubnis einzuholen. Die Polizeiverwaltung droht nunmehr mit Konfiskationsentziehung und Verhängung schärfter Strafen. — In Schwanheim scheint man die schwere Hand des Krieges noch nicht gespürt zu haben.

Wilbel. Aus dem hiesigen Exerzierplatz finden seit voriger Woche täglich Munitionssprengungen statt. Der Luftdruck, den diese Detonationen verursachen, ist derart stark, daß im hiesigen Ort viele Fensterscheiben und sogar die Scheiben großer Schaufenster zersprangen. Die Geschädigten wollen bei der Militärbehörde Schadenersatzansprüche geltend machen.

Frankfurt a. M. In der Nacht zum Freitag wurden aus dem Schmiedewerkzeuggeschäft von Robert Urban Pelzwaren und Felle im Werte von annähernd 50 000 Mark gestohlen. Aus dem Kleidergeschäft von Nobel & Grünfelder raubten Einbrecher in der Nacht zum Samstag Herrenkleider und Stoffe im Werte von mehr als 60 000 Mark.

Der Frankfurter Pazarzettzug ist auf dem Bahnhof Mischelstadt i. O., wo er seit längerer Zeit stand, von dortigen Einwohnern vollständig ausgeplündert worden. Spiegel, Betten, Leinen, Geware, Tische, Schränke, Sofas, kurz alles, was nicht niel- und nagelfest war, ist aus dem Wagen verschwunden. Der Schaden ist bedeutend.

Brückenkopf Mainz. Am Samstag ist nunmehr der Brückenkopf Mainz in seiner ganzen Ausdehnung von französischen Truppen besetzt worden. Manche Orte, namentlich jene an der äußersten Peripherie, erhielten vorerst nur Quartiermacher, die anderen dagegen bereits ihre volle Besatzungsstärke, die je nach der Bedeutung des Gemeinwesens außerordentlich schwankt. So wurden einquartiert in Höchst 65 Offiziere und 1600 Mann, in Königstein 1 Oberst, 2 Majore, 15 Hauptleute, 32 Leutnants, 1800 Mann und 250 Pferde, in Groß-Gerau 1500 Mann. Für den Kreis Höchst sind insgesamt 5000 Mann Besatzungstruppen in Aussicht genommen. Unmittelbar nach Ankunft der Franzosen wurde in den einzelnen Orten die westeuropäische Zeit eingeführt. An den Anschlagtafeln erschienen Bekanntmachungen, die in übereinstimmender Weise Anweisungen für das Verhalten der Bevölkerung geben und natürlich tief in das wirt-

schaftliche Leben einschneiden. Der Markkurs wurde in den meisten Orten auf 70 Cents festgesetzt. Sämtliche Waffen müssen bei Vermeidung einer Geldstrafe von 200 Mark für jedes nicht abgelieferte Exemplar auf den Bürgermeisterien abgegeben werden. Bahnhöfe und Postämter stehen unter französischer Aufsicht. In Königstein a. B. müssen die Briefe mit französischen Marken frankiert werden. Die Ausrüstung der Besatzungstruppen, unter denen sich viele Ältere Leute befinden, ist sehr gut. In den Geschäften und Wirtschaften entwickelte sich Samstag bereits ein lebendiges Treiben. Der begehrteste Artikel waren — Ansichtskarten, die zu Tausenden in die französische Heimat gefandt wurden. Die Bevölkerung folgte dem Einzug allerorten mit begreiflicher Spannung, verhielt sich aber bis jetzt durchaus würdevoll und der Lage angemessen kühl und zurückhaltend.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Wer gegen jede Reaktion, aber auch gegen jede Diktatur ist, trete der Deutschen demokratischen Partei bei! Anmeldungen richtet man an Demokratischen Verein Herborn.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

An die Arbeiter des Distriktes.

Alle Arbeitgeber sind verpflichtet, jede vorhandene Arbeitsgelegenheit dem nächsten, nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis (bei der Städtischen Verwaltung in Dillenburg bzw. Herborn) auf dem schnellsten Wege zur Annahme zu bringen. Diese Pflicht haben nicht nur die privaten Unternehmer, sondern auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, ganz besonders auch Post und Eisenbahn. Für Ausgleich zwischen den verschiedenen Arbeitsnachweisen wird gesorgt.

Diese Anordnung ergeht gemäß Verfügung des Reichsamtes für Demobilisierung.

Dillenburg, den 13. Dezember 1918.

Der Stadtrat: v. Sybel.

Wird hiermit veröffentlicht.

Herborn, den 17. Dezember 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Auf meine Bitte im November um Bettwäsche erhielt ich folgendes: 12 Bezüge, 25 Laken, 44 Kopfkissen, 3 Kinderbettbezüge, 1 Hemd, 2 Nachtläden, 10 Kinderjacken und 3 alte Laken für Windeln. Damit bedacht wurden 15 Familien; 5 erhielten die Wäsche umsonst; von den Uebrigen wurden 85 Mark eingenommen. Mit drei Ausnahmen erhielt ich sämtliche Wäsche von den Bewohnern Dillenburgs. Ich kann mir dies nur erklären, daß die übrigen Kreisbewohner annahmen, die Wäsche sei für Dillenburg bestimmt, während ich sie doch für den ganzen Kreis benötigte. Hätte ich von sämtlichen Orten des Kreises soviel Wäsche bekommen wie von den Dillenburgern, (natürlich prozentual gerechnet) so hätte ich sämtlichen Leuten helfen können. So habe ich leider nur das „große Nichts“ an Wäsche auf „ein Weniges“ bringen können und manche Familien blieben gänzlich unberücksichtigt. Es war wohl ein Irrtum. Jedenfalls ward auch so manchem geholfen und ich danke den gütigen Spendern sowohl wie auch den Pfarrfrauen für das Sammeln und Abliefern der Wäsche, wie auch den Zeitungen für die kostenlose Aufnahme herzlich.

Dillenburg, den 16. Dezember 1918.

Schwester Elisabeth Meh
Kreisfürsorgerin.

Sämtliche Herborner

Schüler u. Schülerinnen der Mittelschule mögen sich Donnerstag, morgens 1/10 Uhr zu einer kurzen Besprechung auf dem Schulhof einfinden. Es darf keiner fehlen.

Weihnachtsbitte.

Für die Weihnachtsbescherung der Kinder der bedürftigen Kriegerangehörigen bitten wir um Zuwendung von Obst usw.

Für die Weihnachtsbescherung der hier einquartierten Soldaten bitten wir um Zuwendung von Liebesgaben aller Art.

Wir hoffen daß die Bürgerschaft uns auch in diesem Jahre wie früher auf das möglichste unterstützen wird, allen eine Weihnachtsfreude bereiten zu können.

Gaben jeder Art werden bis Freitag abend auf Zimmer Nr. 8 des Rathauses entgegengenommen.

Herborn, den 17. Dezember 1918.

Der Kriegsfürsorge-Ausschuß:
Birkendahl, Bürgermeister.

Das in der Landespflegeanstalt eingerichtete
Reserve-Feld-Lazarett 21

bittet für seine Kranken und Personal um

Liebesgaben zu Weihnachten.

Der Chefarzt: Meinhäuser, Stabsarzt.

Herborn.

Samstag, den 21. Dezember ds. Js.

Weihnachtsmarkt.

Für die Kinder der
Kleinkinderschule
bitten wir herzlich um
Weihnachtsgaben.

Herborn, den 16. Dezember 1918.

Namens des Vorstandes: Die Kleinkinder-Lehrerin:
Dokt. Prof. D. Haußen. Elln Dalschen.

Zum möglichst sofortigen Eintritt werden tüchtige

Former,
Fußpußer und
Modellschreiner
gesucht.

Meldungen an

Freier Grunder Eisen- u. Metallwerke,
G. m. b. H., Neunkirchen (Bezirk Arnsberg).

Tüchtige Arbeiter

finden als Steinlader und Erdarbeiter dauernde Beschäftigung.

H. Emil Wurmbach, Uckersdorf
Kalksteinbruch Erdbach.

Mädchen

für die Lazarethküche für
sogleich gesucht.

Frau G. Neuhoff,
Dillenburg.

1 Dienstmädchen

und

1 Lehrmädchen

geht.
Aug. Mehler, Gastwirtsch.,
Hauptstr. 3.

Kleines

Haus m. Garten

in Herborn od. Umgebung,
an-Bahnstation gelegen, zu
mieten evtl. zu kaufen ge-
sucht. Schriftl. Angebote
unter F. C. 4036 an Rudolf
Mosse, Bielefeld.

Preuß. Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Zur 1. Klasse

(Ziehung 7. u. 8. Jan.)

1/4 1/4 Lose.

à M. 10 à M. 5

Siegen. R. Stauff,

Lot.-Einnahmer.

Am Donnerstag treffen

die

Weihnachtsbäume

(alles schöne volle Bäume)
ein und bitte ich die werten
Besteller ihre Bäume gefl.
bald abholen zu wollen.

Frau Ernst Puchert.

Kleiner, junger

Hund

(zum Hirtenhund geeignet)
zu kaufen gesucht.

Wilh. H. Ad. Stahl,
Mademühlen, Post Driedorf

Vanillezucker la.,

Kirschhornsali,

Backpulver,

Backoblaten

empfiehlt

Drogerie A. Doindl

Klavier

hat abzugeben

Gustav Müller,
Eibelshausen.

Kaufe

Schlachtpferde

zu den höchsten Tages-
preisen. Unfälle werden
schnell erledigt. Zahle hole
Prov. für Vermittlung.

J. Schwarz, Siegen,
Leystraße 3. Telefon 361.

Weltbekannt

sind meine verbesserten

Wand- und Tisch-
Kaffee-Mühlen

mit garantiertem Mahl-
werk, geeignet für sämtliche
mahlfähigen Produkte, bis
45 Pfund Stundenleistung.

Man verlange Prospekte

Ed. Reiche, Halpe.

Verloren.

Samstag abend zwischen
8 u. 10 Uhr auf der Kaiser-
od. Wilhelmstr. schwarze
Geldtasche mit 60 Mk.
Inhalt. Abzugeben gegen
gute Belohnung
Kuhmichel, Wilhelmstr. 16.

Es hat Gott gefallen, meinen langjährigen
Küfergehilfen

Wilhelm Zukunft

nach treuer Pflichterfüllung zu sich zu rufen.

Heinrich Schäfer, Küfermeister
nebst Familie.